Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags. — Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf. — Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 54. Dienstag den 6. März. 1849.

Inland.

Berlin, den 4. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Ober-Regierungs-Rathe von Harlem den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Stadt-Pfarrer Hermes in Barby den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem katholischen Pfarrer Zeglarski zu Groß-Garz, im Kreise Marienwerder, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Schullehrer Scholz zu Straupitz, dem Förster Jonas zu Neustadt, in der Oberförsterei Hoyerswerda, und dem evangelischen Küster und Schullehrer Hintze zu Etzin, das Allgemeine Ehrenzeichen; desgleichen den bei dem Geheimen Ober-Tribunal angestellten Justiz-Kommissarien Boots und Wagner den Charakter als Justizrath zu verleihen, und den Rath bei den Auseinandersetzungs-Behörden, Heyder, zum Regierungsrath zu ernennen.

Se. Durchlaucht der Fürst August von Sulkowski ist von Reisen, und Se. Excellenz der General der Infanterie und Geheime Staats-Minister a. D., von Thile, von Frankfurt a. d. O. hier angekommen.

Berlin, den 5. März. Se. Majestät der König haben am 2ten d. im Schlosse zu Charlottenburg dem von Ihren Königlichen Hoheiten den Großherzogen von Baden und Hessen in außerordentlicher Mission an Allerhöchstdieselben abgesendeten Großherzoglich Hessischen General-Major und General-Adjutanten, Freiherrn von Schäffer-Bernstein, eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus dessen Händen die auf diese Mission sich beziehenden Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen geruhet.

Posen, den 5. März. Unsern Lesern geben wir in der anliegenden Zeichnung einen Grundriß der zweiten Kammer. Man ersieht aus ihm, daß für ein Centrum kein anderer Platz ist, als in dem Herzen der Unschlüssigen oder derer, welche nicht wissen, was sie wollen.

†* Bromberg, den 2. März. Vorgestern ist hier der Ober-Landesgerichts-Präsident Gierke eingetroffen und in „Moritz's Hôtel abgestiegen. Seine Freunde und Gesinnungsgenossen hatten ihm am Abende einen Fackelzug gebracht, bei dem sich jedoch außer 3 bis 4 jungen Leuten von sehr mittelmäßiger Bildung fast gar kein Erwachsener betheiligte. Auf gestern Abend hatten Einige von der Gegenpartei eine Katzenmusik verabredet, die aber von starken Militair-Patrouillen verhindert wurde. Für Sonntag wird ein Mittagsmahl zu Gierke's Ehren veranstaltet; bis jetzt haben sich nur sehr wenig Theilnehmer gezeichnet. — Morgen findet in Wirsitz die Nachwahl für den Oberpräsidenten Flottwell statt, der seine Wahl zur ersten Kammer abgelehnt hat; man nennt als Kandidaten den interimistischen Oberpräsidenten v. Schleinitz und den Freiherrn v. Arnim, denselben, der im vorigen Jahre eine kurze Zeit Minister war. Die größere Aussicht scheint der Erstere zu haben. — Die gestrige Sitzung des hiesigen Deutschen Bürgervereins begann mit einem Hoch auf die wackern Nürnberger, die bekanntlich eine Adresse an die Nationalversammlung erlassen und dieselbe gebeten haben, nicht zurückzuschrecken vor der Erfüllung ihres Werkes, nämlich vor der Schöpfung der einheitlichen Spitze Deutschlands in einem erblichen Kaiser.

CC Berlin, den 2. März. Die bereits gestern gemeldete Auflehnung der Arbeiter in der Goldschmidtschen Fabrik hatte doch einen ernstern Charakter, als wir ihr anfangs zuschrieben. Die zur Beschwichtigung herbeigerufenen Schutzmannschaften wurden von den Arbeitern gröblichst insultirt, so daß die Garde-Schützen aus ihrer benachbarten Kaserne herbeigeholt werden mußten, und erst als diese angelegt hatten und das Commando zum Feuern erwarteten, fühlten sich die Tumultuanten gemüßigt, nach Hause zu gehen. Man ist hier im Allgemeinen nicht abgeneigt, diese erste bedeutendere, diesjährige Attacque auf die öffentliche Ruhe auf Rechnung der Demokratie zu setzen; man erblickt hierin, wie in mehrern andere unbedeutendern Collisionen der Schutzmannschaften mit der Volkshefe den Vorspuck der Dinge, die kommen werden, wenn der Belagerungs-Zustand sein Ende erreicht haben wird. Dem sei nun, wie ihm wolle; so viel ist sicher, seit der Zurückkunft der vorigjährigen Oppositions-Männer ist eine erneuete Rührigkeit in die Demokratie gekommen, die sich vorläufig unter dem Volke freilich nur im Ausbreiten und Glauben der unsinnigsten Gerüchte äußert. Am Montage wurde erzählt, der Bundestag sei wieder in Kraft getreten und seine erste Thätigkeit werde in Aufhebung der Frankfurter Versammlung bestehen. Vorgestern und gestern wurde behauptet, die Kündigung des Waffenstillstands sei die Folge stiller Uebereinkunft unserer Regierung mit der Dänischen, nur um die Kammern zu schleunigster Annahme der octroyirten Verfassung ohne Revision, so wie zur Bewilligung neuer Steuern ꝛc. zu bewegen. Gleichergestalt ist man demokratischerseits noch immer frech genug zu behaupten, der Zwiespalt Oesterreichs und Preußens in Betreff der Deutschen Frage sei ein erheuchelter und nur gemacht, um die alten Zustände möglichst rasch wieder mit Gewalt zurückzuführen. Das sind die Mittelchen, womit die Demokratie das Volk in Aufregung zu erhalten sucht; dennoch halten wir bei nur einiger Vorsicht der Regierung selbst nach Aufhebung des Belagerungszustandes eine ernstliche Emeute nicht für möglich, da der besonnenere Theil unserer Bürger, selbst der sehr demokratisch-gesinnten in den Straßencravallen ein Haar gefunden hat und wir nicht selten die Aeußerung gehört haben: Sollte es wieder zu einem Tumult kommen, so sind der Linden-Müller und Consorten die ersten, welche daran glauben müssen. Noch müssen wir eines viel verbreiteten und geglaubten Gerüchtes erwähnen, weil wir es für das gefährlichste halten. Man sagt nämlich, es sei ein Theil der Schutzmannschaften ausgekleidet, um als geheime Polizei verbraucht zu werden, und zwar habe man vorzüglich solche zu diesem Zwecke genommen, welche fremder Sprachen, insbesondere der Polnischen und Französischen, mächtig wären. Wir haben nirgend und in keiner Weise irgend eine Bestätigung dieses Gerüchtes finden können. — Die Wahl Jung's würde nicht durchgegangen sein, wenn nicht die konservative Partei sie unterstützt hätte, weil sie ihn von den Candidaten der Gegenpartei für den ungefährlichsten hielt.

In der heutigen Sitzung der 2. Kammer wurde zunächst Widerspruch gegen das Protokoll der vorigen Sitzung erhoben wegen Auslassung des Protestes des Ministerii gegen Angriffe auf das Ministerium vor Constituirung der Versammlung. Es wurde beschlossen, diesen Protest nachträglich ins Protokoll aufzunehmen. — Es wird ein Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe mitgetheilt, das Portofreibeit gewährt; ferner wird die Einrichtung eines Postbüreau's im Hause angezeigt; sodann die Constituirung der noch nicht constituirten Abtheilungen mitgetheilt, als: 3. Abtheil. Vors. Viebahn, Stellvertr. Camphausen; 4. Abth. Vors. Wenzel, Stellvertr. Blochmer; ferner zum Central-Ausschuß für die Geschäftsordnung sind gewählt

aus der 2. Abth. v. Viebahn, Waldeck;
" " 3. " Groddeck, Stolle;
" " 5. " Stein, (?);
" " 7. " v. Auerswald, Hildenhagen;
" " 1. " v. Röder (?), de Syo;
" " 6. " v. Kleist, Osterrath.

Den übrigen Theil der Sitzung füllten die Prüfungen der Wahlmandate aus, so weit sie von den Abtheilungen vollendet waren. Gegen die Wahlen von Schulze, Hildenhagen, Krackrügge, Gladbach, Arntz ꝛc. erhoben sich bald beseitigte Bedenken. Die dabei angeregte Prinzipienfrage, in wie weit die Prüfung der Wahlen der Kammer anheimgegeben werden solle, wurde für spätere Zeit verschoben. — In der morgenden Sitzung Fortsetzung der Prüfung der Mandate.

AZC Berlin, den 3. März. In den Arbeiterkreisen gährt es noch immer. Die Kattundrucker haben in den Goldschmith'schen und Dannenberg'schen Fabriken die Arbeit eingestellt und berathen in den Herbergen, was zu thun sei. Zimmerleute, Maurer, ꝛc. haben sich zu ihnen gesellt; indeß ist die Haltung bis jetzt friedlich. Aus Köpenick waren Arbeiter der dortigen Kattunfabriken hereingekommen, sind indeß wieder abgezogen. In den Eingangs genannten Fabriken sind Militairpikets zur Sicherheit aufgestellt; überhaupt ist die Aufmerksamkeit der Behörden eine sehr geschärfte. — Die Reorganisation der hiesigen Bürgerwehr soll nun mit dem ersten April bestimmt beginnen, da die bis dahin eintretende vierteljährliche Umzugszeit ein früheres Aufstellen der Bezirkslisten unmöglich macht. Es ist zur Regulirung der Angelegenheit eine gemischte Deputation aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammluug niedergesetzt. Von Seiten des Staats werden für die früher verabfolgten Gewehre der Bürgerwehr jetzt große Anforderungen an die Kommune gemacht. Sie soll die fehlenden Gewehre ersetzen und die Reparaturkosten der schadhaften tragen, was viele tausend Thaler ausmachen würde. Indeß wird die Kommune schwerlich eine Verpflichtung anerkennen.

— Wir erfahren, daß bereits beabsichtigt werde, mit den Sitzplätzen der zweiten Kammer dergestalt eine Abänderung vorzunehmen, daß sich noch äußerlich ein Centrum bilden könne. Gleichzeitig wird aber mit der Ueberschrift: „Die Deutsche Frage und die Preuß. Kammern" und dem Motto: „wer Großes will, muß sich zusammenraffen!" — eine fulminante Flugschrift von dem Regierungsrath v. Merkel, Abgeordneter für Liegnitz, einem Sohn des ehemaligen Oberpräsidenten, an die Deputirten vertheilt, worin es heißt: „In diesen Kammern kann es nur eine Linke und eine Rechte geben, kein Centrum, geschweige Centra!" Herr v. Merkel gehört der Rechten an und erwartet die Rettung des Vaterlandes einzig von den konservativen Majoritäten der Kammern, welche er mit stürmischer Beredtsamkeit zur Eintracht, stählernen Entschlossenheit und Treue aufruft. Die Verhandlungen in den Kammern selbst drehen sich inzwischen noch immer um Wahlprüfungen und gewähren mit Ausnahme kleiner Incidenzpunkte, wenig Interesse.

Berlin, den 3. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer bemerkte man auch den kommandirenden General v. Wrangel, der sich von dem ihn begleitenden Adjutanten die bedeutendern Persönlichkeiten zeigen ließ. In der Parteiversammlung der Rechten hatte eine nur kleine Partei den Antrag gestellt, die Mitglieder, die an dem Steuerverweigerungsbeschluß Theil genommen hätten, und deshalb in Untersuchung befindlich wären, von der gegenwärtigen Versammlung auszuschließen. Man ging jedoch über den Antrag zur Tagesordnung. Das Kammergericht hat mehrere Abgeordnete, die der aufgelösten Nationalversammlung angehörten und an dem Steuerverweigerungsbeschluß Theil genommen haben, u. A. auch den Abg. Messerich, vorgeladen. So viel uns bekannt, haben diese Herren jedoch nicht der Vorladung Folge gegeben.

Wie sich vorher sehen ließ, bilden sich bereits innerhalb der großen Oppositionspartei der zweiten Kammer kleinere Cotterien, welche oft Privatsitzungen halten, um ihre Sonderinteressen zu besprechen. Hierher gehören namentlich die Polnischen Deputirten. Jedoch verfehlen diese engeren Parteien nie, auch den Plenarsitzungen der Gesammtopposition beizuwohnen, so daß man von eigentlich politischen Scheidungen noch nicht sprechen kann.

Hr. v. Vincke soll für das von ihm aufgestellte Programm in der zweiten Kammer bereits 156 Mitglieder gewonnen haben. Sobald indeß die Kammer konstituirt ist, dürften noch mehrere, der konservativen Partei angehörende, Abgeordnete dasselbe unterzeichnen.

— Von gut unterrichteten Personen erfahren wir, daß England eine Note erlassen hat, welche sich begutachtend über den Einmarsch russischer Truppen in Siebenbürgen äußert. Die Russische Regierung hat, bevor ihre Truppen in Siebenbürgen einrückten, durch ihre Botschafter verschiedenen Regierungen ein Rundschreiben überreichen lassen, in welchem sie erklärt, daß sie in Siebenbürgen einrücken müsse, so weit sie auch entfernt sei, sich in fremde Angelegenheiten zu mischen; sie verfehle nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich bei der Wendung, die der Kampf in Ungarn genommen, in neuerer Zeit um nichts weniger, als eine beabsichtigte, weit verzweigte Schilderhebung handele, welche sich bis nach Podolien und in die Donaufürstenthümer hinein erstrecke. Sie kämpfe nur pro domo, wenn sie Truppen nach Siebenbürgen einrücken lasse.

— Bei den vorgestern statt gehabten Cattundruckerunruhen mußten zwei Compagnien von den Gardeschützen ausrücken, um die, sich vor den Fabriken zusammenrottirten Arbeiter zu verjagen. Dieselben stellten sich in starken Haufen auf, und wollten weder dem vorrückenden Militair, noch dem Horn-Signale weichen, erst als vor ihren Augen scharf geladen und zum Anschlagen kommandirt wurde, zogen sie sich zurück, traten aber 1000 Schritt weiter abermals zusammen und konnten erst nach und nach durch Wiederholung des vorigen Manövers auseinandergetrieben werden. Ein Blutvergießen ist dabei glücklicher Weise nicht vorgekommen, jedoch sind mehrere Verhaftungen erfolgt. Das Militair in der nächstgelegenen Caserne ist mit Sack und Pack konsignirt worden, um in jeder Minute ausrücken zu können.

— Der „Neuen Rheinischen Zeitung" wird folgendes von hier geschrieben; Die Abgeordneten von Berlin beriethen über ihr Erscheinen im weißen Saal. Mit vier gegen drei Stimmen beschlossen sie, dem Rufe dorthin zu folgen, indem sich Herr Jacobi „seiner persönlichen Differenzen mit dem Hause Hohenzollern wegen," der Abstimmung enthielt. (wörtlich.)

Dresden, den 28. Februar. Ein königliches Dekret, die Publikation der Grundrechte betreffend, ist an die Kammern gelangt. Dasselbe lautet: Da Se. Königl. Majestät mit den von den Kammern in der Schrift vom 24. Februar d. J. wegen der Grundrechte des Deutschen Volks gestellten Anträgen einverstanden sind, so wird mit der Publikation derselben unverweilt verfahren werden. Allerhöchstdieselben setzen jedoch hierbei das Einverständniß der Kammern darüber voraus, daß bei der Publikation, zur Wahrnehmung der materiellen Interessen des Landes, die Gültigkeit der in §. 3. und 4. enthaltenen Bestimmungen nur denjenigen Deutschen Staaten gegenüber ausgesprochen wird, in denen die Grundrechte des Deutschen Volks ebenfalls zur Geltung gelangen, und sehen hierüber der Erklärung der Kammern entgegen.

Oldenburg, den 1. März. Heute ist in dem Gesetzblatte das Großherzogliche Patent, die Verkündigung des Staatsgrundgesetzes für das Großherzogthum Oldenburg betreffend, erschienen.

Stuttgart, den 26. Febr. (Schwäb. M.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Standesherren wurde nachstehender Beschluß gefaßt: Die Kammer der Standesherren, die hohe Wichtigkeit des gegenwärtigen Zeitpunktes für das ganze Deutsche Vaterland in vollem Maße erkennend, glaubt sich verpflichtet, auch ihrerseits über die Frage der künftigen Gestaltung Deutschlands sich aussprechen zu müssen, und erklärt hiermit: 1) daß sie die Erhaltung Oesterreichs im Deutschen Reichsverbande als unumgänglich nothwendig für die Wohlfahrt, Einigung und Kräftigung Deutschlands erachte und jede Art der Ausscheidung desselben als eine unheilvolle Zerstückelung unseres Deutschen Vaterlandes ansehen müßte; 2) daß sie nur in einer freien Vereinbarung der National-Versammlung mit den Deutschen Fürsten über die künftige Deutsche Reichsverfassung eine sichere Bürgschaft für den kräftigen und rechtlichen Bestand derselben erkennen kann.

Frankfurt a. M., 27. Febr. 178ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs:

„Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause", und zwar über Art. V. §. 13. und folgende.

Die Sitzung wird bald nach 9 Uhr durch den Präsidenten Herrn Ed. Simson eröffnet.

An Flottenbeiträgen sind eingegangen: Von einem Vereine in Chemnitz aus 21 Sächsischen Frabrikorten, zum Theil von Fabrikarbeitern gesammelt: 2352 Gulden, drei goldene Ringe und vier silberne Denkmünzen. (Allgemeines Bravo.) Außerdem zwei kleinere Beisteuern aus Devel im Königreich Hannover und aus dem Rothenburger Kreis in Schlesien.

Nach dem Vorschlage der Ausschuß-Mehrheit soll Artikel V. lauten:

§. 13. „Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll gegeben werden."

§. 14. „Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen."

Ueber §. 13. ergreift zunächst und unter der hergebrachten Unruhe, welche das Haus dem Auftreten dieses Redners nie versagt, Grävell das Wort. Was man außer der Klingel des Präsidenten versteht, scheint gegen den Paragraphen gerichtet zu sein und auf die bereits überwundene Debatte von einem Vermögensstande oder Census des Wählers zurückzukehren.

Waitz aus Schleswig-Holstein wendet sich mit Entschiedenheit gegen das Minderheitserachten zu §. 13 *) Wir wollen nicht, daß Jemand im Dunkeln und im Finstern als selbstständig auftritt, der nicht wagt, öffentlich seine Selbstständigkeit an den Tag zu legen. (Sehr gut!) Das sind keine pseudoliberalen Grundsätze. Im Gegentheil, ich überlasse es dem Urtheile der Versammlung, zu entscheiden, wo die falsche Freiheit wohnt? Es wird auch mir vergönnt sein, zu sagen, was ich für Wahrheit halte, wenn diese Wahrheit auch bitter sein sollte. Es wollen Viele die Freiheit und Oeffentlichkeit, wenn sie ihren Interessen und Absichten dient. Sie wollen sie aber nicht, wenn sie ihren Interessen und Partei-Absichten entgegen ist. Freilich sind wir solcher Inkonsequenzen schon gewohnt an gewissen Kollegen von uns, die in Dresden und München ganz andere Wege einhalten, als sie hier zu gehen mit Eifer verkündeten. (Sehr gut.) Ich erwarte von ihr eine Erziehung des Volkes, eine Kräftigung der politischen Gesinnung, eine Begründung von Wahrheit und Treue im politischen Leben, gegenüber dem Truge und der Intrigue, welche sich bis dahin nur zu sehr auf dem politischen Gebiete geltend gemacht hat. Was soll ich von einem Rechte halten, dessen Inhaber dasselbe nicht öffentlich kundgeben soll, dessen Inhaber sich nicht öffentlich zu seiner Meinung bekennen darf?! Sie fürchten den Einfluß von oben, den Einfluß der Gutsherren, der Fabrikherren, der Beamten, der Geistlichen. Ich fürchte ihn auch, und ich habe eben darum diejenigen von der Wahl ausschließen wollen, welche nach meiner Meinung am meisten solchen Einflüssen unterworfen waren. Ich fürchte aber diesen Einfluß nicht stärker, als den Einfluß der Volksagitatoren und Volksschmeichler. Und wenn Sie nun einmal wollen, daß das Deutsche Volk und der Deutsche Staat dem wechselnden Einflusse der einen und der andern Seite ausgesetzt sein soll, so lassen Sie den Kampf wenigstens öffentlich auskämpfen und nicht unter dem Schutze und Mantel der Intrigue. So viel Gewicht werden Sie, glaube ich der von Ihnen so hoch geachteten öffentlichen Meinung beilegen, daß Sie glauben, sie könne das Gegengewicht halten gegen die Einflüsse, welche von anderen Seiten geübt werden. Am Schlusse faßt der Redner noch zusammen, was er von der öffentlichen Abstimmung erwarte.

Nauwerck aus Berlin kritisirt die öffentliche Abstimmung sehr bitter, nennt sie eine jener glücklichen Erfindungen, deren Heimath Schleswig-Holstein sei, dies Schleswig-Holstein, ein Ding, welches in der Luft hänge, weder Monarchie noch Republik — ein Nichts. (Gelächter.) Nirgends werden so viel Rücksichten genommen, als in Deutschland, und wenn Sie den kleinen Mann, den Handwerker, den Taglöhner nöthigen, seine Stimme öffentlich abzugeben, so reißen Sie ihm die Seele aus dem Leibe. Ueberall zeige sich in der Geschichte, als eine Forderung der wachsenden Freiheit, daß das öffentliche Stimmrecht in ein geheimes verwandelt werde. Alle Krankheit der Englischen Zustände rühre aus diesem nglückseligen öffentlichen Stimmen her.

v. Raumer aus Berlin berichtigt diesen letzteren Vorwurf. Eine gefährlichere Abhängigkeit, fährt er fort, entstehe durch die geheime, als durch die öffentliche Abstimmung. Denn sie begünstigt die Käuflichkeit der Stimmen. Wie solle denn ferner der Urwähler erfahren, ob der Wahlmann seinem Vertrauen entspreche, wenn der Wahlmann nicht öffentlich abstimme. (Hört!) Geben Sie keine Gesetze für Schwache, für Feige, für Charakterlose, und Sie werden diese Sünden ausrotten.

Beseler aus Greifswalde verhehlt sich die Gefahren des öffentlichen Wahlverfahrens nicht, findet jedoch dieselben weit geringer, als seine Vorzüge. Er fürchtet nicht, daß es in Deutschland unter den Besitzenden und Angesessenen so viel Schurken geben werde, die durch irgend welchen Einfluß bestechen wollen, als man hier zu vermuthen scheint, noch daß die Wähler so niederträchtig sein werden, sich bestechen zu lassen. Wollen Sie das Deutsche Volk zu einer großen Nation heran erziehen, wollen Sie ihm Vertrauen zeigen, so haben Sie nur nach dem Prinzipe zu fragen und diesem getrost zu folgen. (Beifall von der Mehrheit.)

Vogt von Gießen will das öffentliche Stimmrecht nur einräumen, wenn die Oeffentlichkeit aller Staatsgeschäfte ohne Ausnahme auf dem Markte gegeben würde. Er schließt: So lange Sie die Heimlichkeit für Ihre Regierungs-Intriguen behaupten, wollen wir auch der Demokratie nicht den Schutz der Heimlichkeit für ihre — Bestrebungen entziehen. (Beifall von der Linken.)

Nach dem Schluß der Debatte sprechen als Berichterstatter für Minderheit und Mehrheit Wigard und Riesser. Letzterer erkennt, im Gegensatz zu Nauwerck, im Wahlwesen ein durchaus öffentliches Recht und Geschäft. Er sagt: Sie haben ein Wahlrecht beschlossen, freisinniger als irgend eines in der Welt vor dem März vorigen Jahres. Fügen Sie die Oeffentlichkeit hinzu, damit zum Heil des Vaterlandes alle Elemente der Sittlichkeit gegen das Schlechte in den Kampf treten können. (Lebhafter Beifall.)

*) Der zweite Satz dieses Paragraphen möge so lauten: „Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt." (Ahrens. H. Simon. Reh. Fr. Wigard. Schreiner. Römer. Tellkampf. Mittermaier.)

Bei der Debatte über §. 14., die zunächst hier angeschlossen wird, spricht sich Fuchs aus Breslau gegen direkte Wahlen, Schubert aus Königsberg für solche unter der Voraussetzung jedoch aus, daß bei der zweiten Lesung noch einige Beschränkungen der Wahlfähigkeit eintreten.

Reichensperger aus Trier betrachtet die Frage zwar als eine bloße Zweckmäßigkeitsfrage, allein er meint nicht, daß der vom Verfassungs-Ausschusse vorgeschlagene Wahlmechanismus zu dem entsprechenden Ziele führe.

Hildebrand aus Marburg führt namentlich für die direkten Wahlen an, daß dadurch die Bestechung unmöglich werde. Zehn Stimmen könne man kaufen, aber nicht Tausend.

Nach dem letzteren Vortrage vertagt das Haus die Fortsezzung der heutigen Berathung auf Donnerstag den 1. März.

Von der Bergstraße, den 24. Febr. Wie niederschlagend große Rückschritte in Baierns höheren Regionen binnen Jahresfrist die Deutsche Gesinnung gemacht hat, dafür giebt sprechendes Zeugniß die einfache Vergleichung der neuesten Baierischen Erklärung mit der Thatsache, die ich aus bester Quelle Ihnen mitzutheilen im Stande bin, daß man den im März vorigen Jahres für Baiern ernannten, eben so frei als deutsch gesinnten Bundesgesandten, als er Instruktionen begehrte, nicht nur der höchsten Bereitwilligkeit zu jedem Opfer für das Deutsche Einheitswerk versicherte, sondern mit den Worten: „Ihre Ueberzeugung ist Ihre Instruktion" ihm unbedingte Vollmacht mit auf den Weg nach Frankfurt gab. (D. Z.)

Wien, den 28. Februar. Die neuesten Nachrichten aus der Lombardei lauten wieder so unbefriedigend und trübe, wie gewöhnlich. Wer das Kaiserl. Wappen verunglimpft, ist als schwerer politischer Verbrecher zu behandeln. Die Garnison zu Mailand beträgt ungeachtet aller Abzüge 25,000 Mann. Mit den Sequestrationen hat man bereits begonnen und der Stadt Brescia statt der Contribution von 540,000 Lire eine Zahlungsverbindlichkeit von 770,000 Lire auferlegt.

Wien, den 2. März. Durch die vor einigen Tagen veröffentlichte Darstellung der von dem F.-M.-L. v. Haynau unternommenen Expedition nach Ferrara ist zur Kenntniß des Publikums gebracht worden, daß diese Stadt außer der für den K. K. Consul Bertuzzi bestimmten Entschädigung von 6000 Scudi, auch noch eine Straf-Contribution von 200,000 Scudi hatte erlegen müssen. Auf den über die Verwendung dieser Summe erstatteten Vortrag des Ministerrathes haben Se. Maj. zu genehmigen geruhet, daß dieselbe sogleich zur Verfügung Sr. Heiligkeit des Papstes gestellt werde, um hierdurch dem rechtmäßigen Hrn. der Stadt Ferrara den unzweideutigsten Beweis zu liefern, daß die dorthin von den K. K. Truppen unternommene Expedition nur von den gerechtesten und uneigennützigsten Absichten geleitet und allein durch die Nothwendigkeit herbeigeführt war, die wohlverdiente Strafe über eine Stadt zu verhängen, welche eben so ihre Pflichten gegen die legitime Regierung als die Gebote des Völkerrechts und der Menschlichkeit verletzt hatte. Zugleich hat man geglaubt, daß das von der aufrührerischen Stadt erlegte Strafgeld keine würdigere Verwendung finden könnte, als wenn es in die Hände des h. Vaters gelegt wurde, um, wenn es Ihm genehm ist, damit einen Theil des Elends zu lindern, welchen der in Seinen Staaten herrschende Terrorismus täglich über so viele Opfer der Revolution verhängt.

Ollmütz, den 22. Febr. Zu den hiesigen Buchhändlern kam in diesen Tagen ein Polizeikommissär und deutete ihnen an, sie möchten die Frankfurter Parlamentsbeschlüsse und die Grundrechte des Deutschen Volkes Niemandem aus den untern Klassen verkaufen; man will nicht, daß das Volk zur Kenntniß derselben komme. Diese Thatsache, für deren Wahrheit ich Ihnen vollkommen bürge, könnten sich gewisse Herren in der Paulskirche zur vollsten Beherzigung nehmen; solche Facta sprechen lauter und verständlicher als zehn lange geschraubte Noten. (D. Z.)

Kronstadt, den 10. Februar. Das Siebenb. W. meldet: „Gestern Nachmittag sind auch die erwarteten Kaiserlich Russischen Ulanen hier eingerückt. Es ist ein herlicher Truppenkörper, dessen schöne Haltung, so wie die gut genährten prachtvollen Pferde, allgemeine Bewunderung erregte. Die Szekler, welche am 4. d. M. durch den Kaiserlich Russischen General von Engelhardt eine so große Lehre erhalten haben, sind denn doch wieder bei Hidweg über den Altfluß gekommen und in Marienburg eingerückt, von wo aus sie gestern auch die Gemeinde Heldsdorf neuerdings belästigten und eine Quantität Brod, Heu und Hafer requirirten."

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 28. Febr. National-Versammlung. Sizzung vom 28. Febr. Die Versammlung kehrt zu Artikel 107 des Wahlgesetzes, wo sie gestern abbrach, zurück. Er lautet: „Art. 463 des Strafgesetzbuchs ist auf obenstehende Vergehen und Verbrechen anwendbar." Valette trägt darauf an, die Strafen stets auf das Minimum zu reduziren, wenn die Jury mildernde Umstände erkennt. (Ja! Ja! Nein! Dieser Zusatz wird angenommen. Die Artikel 108 bis 114. unterliegen fast keinem Widerspruch: Marrast: Es bleibt nun noch die Departements-Tabelle übrig. Ich bringe sie hiermit zur Diskussion. Die Bemühungen, die Zahl der Kolonial-Deputirten zu vermehren, bleiben jedoch fruchtlos. Sie werden alle verworfen und die Departements-Tabelle angenommen. Bory Papy beantragt, für jeden Kolonial-Deputirten einen Ersatzmann zu wählen. Verworfen. Das Wahlgesetz ist nun fertig. Marrast: Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat das Wort zu einer Mittheilung der Regierung. (Ah, Ah! Aufmerksamkeit.) Drouyn de Lhuys (Stille): Mehrere Repräsentanten haben die Absicht ausgesprochen, die Regierung wegen der Ereignisse in Ferrara zur Rede zu stellen. Ich habe die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß die Regierung eine telegraphische Depesche erhalten hat, die ihr anzeigt, daß die österreichischen Truppen Ferrara geräumt haben. Die Nachrichten, welche die Regierung übrigens erhalten, sind zu vag, um auf Interpellationen antworten zu können." (Ah, Ah! links; Beifall rechts.) Die Versammlung beschließt darauf, daß sie nach fünf Tagen zu einer zweiten Berathung der Entwürfe für die Eisenbahn von Straßburg nach Speyer, für Erbauung eines neuen Sitzungssaales und zu der Prüfung der Südamerikanischen Handelsverträge übergehen wolle. Die Sitzung wird kurz vor 6 Uhr geschlossen.

— Das Journal des Débats sagt in einer Nachschrift von gestern Abend: Gioberti, schon aus dem Ministerium geschieden, hat auch seine Entlassung als Deputirter eingereicht. In der Nacht vom 23. zum 24. Febr. hatten sich etwa 4000 Personen versammelt, um eine Bittschrift zu Gunsten seines Wiedereintritts in das Ministerium zu unterzeichnen. Das Volk drängte sich an das Eisengitter des Schlosses, und die Nationalgarde bildete eine doppelte Reihe, um ihm den Zugang zu versperren. Der Entwurf der Antworts-Adresse auf die Thron-Rede, wie die Kommission ihn abgefaßt hatte, war bekannt; man verlangte darin die sofortige Eröffnung des Krieges." Der Moniteur du soir widerlegt die Gerüchte über Unruhen in Bordeaux und sagt in Bezug auf Italien: „An der Börse ging das Gerücht, Sicilien habe sich als Republik konstituirt." Die Patrie meldet ihrerseits: „Eine telegraphische Depesche benachrichtigt die Regierung davon, daß der Oesterreichische General sich, auf den Empfang einer Nachricht von einer piemontesischen Bewegung in seinem Rücken, wieder hinter den Po zurückgezogen habe." Hiermit zerfielen die Gerüchte von dem Vorrücken der Oesterreicher gegen Bologna und Rom von selbst. Der apostolische Nuntius hat dem Präsidenten der Republik ein eigenhändiges Schreiben des Papstes überreicht. Eine Deputation der hiesigen Klubs und geheimen Gesellschaften ist nach Rom abgereist.

— Der Bericht des Moniteur über die am 24. in den Provinzen vorgefallenen Unruhen lautet: „Aus Anlaß des Jahrestages der Februar-Revolution sind in mehreren Theilen von Frankreich allerhand Ruhestörungen vorgefallen. Zu Clamecy durchzogen 5—600 Mann unter dem Geschrei: Es lebe Raspail! Es lebe der Berg! Es lebe die Guillotine! Nieder mit den Pfaffen! Nieder mit den Tyrannen! die Stadt. Die Autorität der Behörden ward mißachtet und das spärliche Militair insultirt. Der Unfug hörte erst auf, als die Meuterer erfuhren, daß der Unterpräfekt ein Bataillon Infanterie herbeschieden hatte, welches zu Coulanges angelangt war. Zu Toulouse ist der Präfekt genöthigt gewesen, zwei Compagnieen der Nationalgarde aufzulösen, welche die rothe Mütze vertheidigt hatten. Auch zogen eine Anzahl Nationalgardisten, von ihren Offizieren angeführt, unter Ausstoßung strafbaren Geschreies, durch die Stadt und drangen sogar in die Kavallerie-Kaserne ein; das Einschreiten der Truppen stellte jedoch die Ordnung her, und der Präfekt löste die Nationalgarde auf. Zu Dijon nahmen die Behörden Kugeln und Munition weg; zwei Personen wurden verhaftet. Zu la Gouillotiere (Lyon), wo einige Aufrührer die rothe Mütze aufgepflanzt hatten, ließ der Präfekt dieselbe wegnehmen. Außer dem kirchlichen Gottesdienste, welchem Bugeaud beiwohnte, ging in Lyon die Feier ziemlich still vorüber. Nur wenige Häuser waren am Abend erleuchtet. In der Vorstadt Croix Rousse dagegen war die Beleuchtung fast allgemein, und eine Menge Fahnen, worunter auch einige rothe, wurden entfaltet. Gegen Mitternacht versammelten sich einige hundert junge Leute, welche unter Absingung der Carmagnole und Marseillaise den Freiheitsbaum umtanzten. Auf die Aufforderungen der Polizei zerstreuten sie sich ruhig. Im Drome-Departement nahm der Präfekt selbst die Rothen Mützen weg, da die Maires dies zu thun verweigerten. Gleiches geschah zu Carcassonne. Zu Uzes veranlaßte am 22. eine Karnevalshanswurstiade einen Kampf, der ernstliche Folgen hätte haben können; mehrere Personen wurden verhaftet. Zu Narbonne verhöhnten am nämlichen Tage die Mitglieder des Rothen Klubs durch eine unanständige Maskerade den Präsidenten der Republik; der Unfug dauerte zwei Stunden, ohne daß Unterpräfekt und Maire sich zeigten oder die Polizei einschritt. Weiteren Erzessen, die am 24. stattfinden sollten, wurde durch Absendung eines Linien-Bataillons nach Narbonne vorgebeugt. Der dortige Unterpräfekt ist bereits entlassen worden.

Paris, den 1. März. National-Versammlung. Sizzung vom 1. März. Nach Verlesung des Protokolls wird ein Entwurf rücksichtlich der Griechischen Schuld vorgenommen. Derselbe geht mit 592 gegen 37 Stimmen durch. An der Tagesordnung befindet sich die dritte Berathung über den Entwurf des Staatsraths-Gesetzes. Artikel 11. war an den Ausschuß zurückgeworfen worden. Er betrifft die Zahl der Staatsräthe. Der Ausschuß schlägt folgende Fassung und respektive Vermehrung vor: „Die Zahl der Staatsräthe ist von 32 auf 40 zu erhöhen." Diese Erhöhung wird für den Staatsraths-Dienst als unerläßlich geschildert. Die Versammlung nimmt die Vermehrung mit 375 gegen 355 Stimmen an. Marrast liest den Artikel 12, dann die folgenden, einen nach dem andern vor, und giebt hier und da einem Zwischenredner das Wort. Die Debatte bietet bis Artikel 36 nicht das mindeste Interesse. Bei Artikel 37. stellt Mortimer Ternaux den Antrag: „Die streitigen Sachen sind vom Sections-Präsidenten und zwei Staatsräthen zu besorgen, welche vom Präsidenten des Staatsraths von sechs zu sechs Monaten gewählt werden." Verworfen. Die Debatte bewegt sich vom 36sten bis zum 47sten Artikel ruhig weiter. Der Ausschuß schlägt für 47. folgende neue Redaktion vor: „Der Justizminister hat das Recht, alle Angelegenheiten zu reklamiren, welche vor das Forum der streitigen Sachen gebracht werden, aber nicht vor dasselbe gehören, weil sie gerichtlicher und nicht administrativer Natur seien." Parrieu erläutert diese neue Redaktion. Die Debatte wird abgebrochen und die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Schweiz.

Bern, den 24. Febr. Die „Berner Zeitung" gibt eine nicht

uninteressante Skizze der Erlebnisse der Schweizerregimenter seit dem Jahre 1790, woraus hervorgeht, welchen Lohn sie für ihren „sündhaften Völkerunterdrückungsdienst“ geerndtet haben. Sie sagt: 1791 Mord der Schweizergarde in Paris am 19. August. 1792 Entlassung der 15 in französischem Solde stehenden Schweizerregimenter in Piemont nur mit einigen Retraiten. Entlassung der Hellebardiergarde. 1808 zwei Regimenter in spanischem Dienste werden in der Schlacht von Baylen aufgerieben und ihre wenigen Ueberreste ohne Sold weggeschickt. Die schweizerischen Hellebardiers beim Papste werden ohne Entschädigung aufgelöst. 1811 von dem Walliser Bataillon in Frankreich kommen nur Wenige zurück. 1815 vier Schweizerregimenter, im Dienste Napoleon's oft ergänzt, während des russischen Feldzugs fast vernichtet, werden von der Eidgenossenschaft nach der Rückkehr von der Insel Elba heimgerufen. 1816 Entlassung der Schweizer in englischem Dienste mit guten Pensionen. 1817 Entlassung eines piemontesischen Schweizerregiments nach einjährigem Dienste. 1830 Mord der Schweizer in Paris. Entlassung der 6 Regimenter mit dem bekannten Solde. Vier Schweizerregimenter in Spanien gehen elend zu Grunde. 1848 die Schweizer schlagen sich in Neapel, Messina und bei Vicenza und verlieren circa 1500 Mann. Entlassung der Hellebardiersgarde in Turin. Angriff und Entlassung der Hellebar- in Rom. 1849 Entlassung der Schweizergarde des Papstes. der zwei Schweizerregimenter im Dienste

Italien.

Rom, den 20. Febr. Alles nähert sich langsam der Krisis, und jeder Tag bringt neues Unheil über das Land. Die Kammer hat eine Zwangs-Anleihe von 1,300,000 Scudi dekretirt, um allen Verkehr vollends in Papiergeld zu ersticken. Seit Monaten stehen alle Gerichte stille, und die Neota, das einst so berühmte Ober-Appellations-Tribunal, hat sich aufgelöst. Die Provinzen senden nicht blos kein Geld mehr, sondern verlangen im Gegentheil Subsidien. Die Aufführung der Truppen, welche nord- und südwärts gezogen sind, wird als schreckhaft geschildert. Das Gerücht meldet von dem Beginne der Feindseligkeiten sowohl in Ferrara wie an der neapolitanischen Grenze. In der Kammer ist der letzte Protest des Papstes verlesen und ausgezischt worden. Man rüstet sich übrigens zum Widerstand, und hat sowohl die Pferde der Nobelgarde wie auch den päpstlichen Marstall für den Artillerietrain in Anspruch genommen. Da Fürst Barberini und der Marchese Sacchetti die Auslieferung ernstlich verweigert haben, so hat man sich vorerst begnügt, Schildwachen vor den Ställen aufzustellen. Aus der konstituirenden Versammlung scheidet einer nach dem anderen aus, mit der Klage, daß er die Unredlichkeit einzelner Mitglieder nicht länger habe ertragen können.

Florenz, den 22. Febr. Am 21. Februar Abends ist in der Nähe von Florenz ein Aufstand ausgebrochen, über den die Alba vom 22sten und eine Bekanntmachung der provisorischen Regierung von Toscana nur unvollständige Auskunft geben. Um 8 Uhr Abends erblickte man plötzlich auf den Höhen um Florenz Feuer, vor den Thoren der Stadt hörte man Gewehrsalven, dazwischen fernen Kanonendonner; die Munizipal-Garde von Florenz, das Corps der Italienischen Emigration, die Polen-Legion, die National-Garde von Florenz machten sich auf; ein Theil von ihnen rückte an die Thore, vielleicht noch drüber hinaus, und nahmen mehrere von den Angreifern, die nach dem Proclam der provisorischen Regierung Viva i Tedeschi riefen, gefangen. Die Alba und dies Proclam erklären den Aufstand für einen rein reaktionären; betheiligt waren an ihm hauptsächlich Bauern, Landleute, welche gleichzeitig wie auf Florenz so auch auf die Stadt Prato einen Anfall machten, um hier den Freiheitsbaum zu verbrennen und das Großherzogliche Wappen wiederherzustellen. Bei Prato wurden die Landleute mit Verlust von sechs Todten zurückgetrieben. Vermuthlich waren Prato und Florenz nicht die beiden einzigen angegriffenen Orte. In Florenz selbst hat allen Nachrichten zufolge keine Bewegung gegen die provisorische Regierung stattgefunden. Um 3 Uhr Nachts war es in Florenz wieder ruhig. Auf der Piazza del Popolo stehen jetzt vier Stück Geschütz und eine Abtheilung Polen.

Florenz den 23. Febr. In Toscana, schreibt die Allg. Zeitung, ist der Bürgerkrieg am Ausbruch. Der General Laugier hat sich das Lucchesische zum Ausgangspunkt seiner Bewegungen gewählt. Nach der Alba vom 31. Febr. hat er Pietrasanta in Belagerungszustand erklärt, und lagert mit 1200 Mann bei Camagore. Am 17. Februar hat er, von Massa aus, einen Aufruf erlassen. Diesen Aufruf hat die provisorische Regierung im toskanischen Monitore bekannt machen lassen, mit dem Beifügen, daß Laugier am selben 17. Februar dem Kriegsminister schrieb: „Ich habe Ihr offizielles Schreiben von gestern erhalten. Die Grenzen sind gut bewacht; keine Furcht für jetzt; vorkommenden Falls werde ich in meiner Unzulänglichkeit meine Soldatenpflicht thun.“ Als Antwort auf seine Proklamation hat die provisorische Regierung den Beschluß kundgegeben: Laugier ist für einen Vaterlandsverräther, und als solcher außerhalb des Gesetzes, die tumultuirenden Soldaten sind für Rebellen erklärt, die treuen Unteroffiziere werden den Posten erhalten, den die unmittelbar über ihnen befindlichen verrätherischen Offiziere bekleiden. Von Florenz aus ist Alles, was dort von Truppen verfügbar war, dem Gen. Laugier unter Anführung von d'Apice und Guerrazzi entgegengesandt, so daß nach der Alba etwa 8000 Mann mit mindestens 18 Stück Geschütz ihm entgegenstehen müssen. Laugier wird übrigens von seinen eigenen Truppen verlassen nnd daher sehr unschädlich. — Der Aufstand in Empolt und der ganzen Umgegend nimmt einen immer ernstern, bedrohlichern Charakter an. Das Landvolk aus der Gegend von Altra und besonders die Bewohner von S. Miniato haben sich, von den dortigen Priestern dazu aufgereizt, gegen die provisorische Regierung erhoben und werden aller Vermittelungsversuche ungeachtet, nicht ohne Waffengewalt zur Ruhe gebracht werden können. Die provisorische Regierung hat angeordnet, alle Glocken, die man in jener Gegend zum Sturmläuten verwendete, einzuschmelzen und Kanonen daraus zu gießen, über die Aufruhr predigenden Priester aber die strengste Strafe zu verhängen.

Kammer-Verhandlungen.

Vierte Sitzung der zweiten Kammer vom 3. März.
Präsident: Lensing.

Eröffnung der Sitzung: 10 Uhr 30 Minuten. Auf der Ministerbank befinden sich nur v. Manteuffel und v. d. Heyd.

Ein Schreiben des Präsidenten der 1sten Kammer wird verlesen, worin derselbe anzeigt, daß sich die erste Kammer konstituirt habe.

Die Kammer geht wieder zum Wahlprüfungs-Geschäft über.

Referent der ersten Abtheilung: v. Möller.

Des Referat betrifft die Wahlen der Provinz Posen und Brandenburg.

Graf Cieszkowski verliest einen von sämmtlichen polnischen Wahlmännern des Großherzogthums Posen unterzeichneten Protest gegen alle in Posen stattgehabten Wahlen. Der Protest stützt sich hauptsächlich auf die von den Behörden vorgenommene Eintheilung der Wahlbezirke.

von Vincke (zur Geschäftsordnung): Nach §. 20 des Reglements hätte der Protest, der meiner Ansicht nach nichts Anderes als eine Petition ist, nur durch die noch zu bildende Petitions-Kommission zum Vortrage gebracht werden dürfen, oder wenigstens mußte er zuvor den Abtheilungen mitgetheilt werden. Da dies nicht geschehen, so trage ich darauf an, daß jener Protestation kein Werth beigelegt und dieselbe ad acta gelegt werde.

Minister des Innern: In dem Proteste sind wieder viele Vorwürfe gegen das Ministerium ausgesprochen worden. Ich habe schon früher wiederholt gebeten, diese Angriffe bis zu einer spätern Zeit auszusetzen, und mich einstweilen mit einem Proteste gegen jene Anschuldigungen begnügt. Ich muß auch jetzt diese Bitte, so wie den damals ausgesprochenen Protest wiederholen.

Sehmsdorf: Ich bin ein deutscher Abgeordneter der Provinz Posen. Ich will auf den Protest nicht weiter eingehen und mich nur auf die Bemerkung beschränken: wir sind es nicht, welche den alten Hader wieder anfangen.

Liesiecki: Ich verwahre mich dagegen, als wollte ich den alten Zwiespalt erneuern; aber was bleibt uns übrig, als jene Angelegenheit vor die Kammer zu bringen. Das Staatsministerium hat auf den einseitigen Antrag eines Klubs die bereits angeordnete Eintheilung der Wahlbezirke wieder abgeändert und jener Klub hat sich dessen sogar öffentlich gerühmt.

Aldenhoven trägt auf Tagesordnung an.

(Ruf: Wir sind bei der Tagesordnung!)

Aldenhoven: Wir Deutsche werden in jenem Proteste sogar Fremdlinge im eigenen Vaterlande genannt. Ich trage daher darauf an, daß wir dies Schriftstück gar nicht weiter beachten.

v. Berg: Wir haben einfach zu entscheiden: Ist der Protest so wichtig, daß er das Referat der Kommission alterirt oder nicht? Im ersten Falle bleibt nichts anders übrig, als die Akten mit dem Proteste an die Abtheilung zurückzugeben, damit die Abtheilung die Wahlen noch einmal prüft.

Janiszewski: Der Protest ist, wie Cieszkowski bereits bemerkt, nicht in der Absicht mitgetheilt worden, um alle Wahlen umzustürzen, sondern ist nur als eine Verwahrung des heiligsten Rechtes der Repräsentation anzusehen. Es wird sich übrigens bei den einzelnen Wahlen Gelegenheit finden, auf den Protest zurückzugehen. (Mehrfacher Ruf nach Schluß.) Der Referent fährt in der Berichterstattung fort. Gegen die Wahlen der Abgeordneten Seger, Naumann und Winterfeld erheben sich Bedenken. Diese Bedenken stützen sich namentlich darauf, daß Wahlmänner, weil sie des Schreibens unkundig, von dem Wahlakt ausgeschlossen worden.

v. Kleist-Retzow: Ich bin der Ansicht, daß die Versammlung zunächst zwei wichtige Prinzipienfragen zu entscheiden hat: 1) ob auf die Mängel der Urwahlen zurückzugehen ist und 2) wie es mit den Analphabeten (des Schreibens nicht Kundigen) zu halten.

Grün: Die Kammer hat bereits früher erklärt, daß sie Prinzipien nicht in abstracto, sondern bei einzelnen wichtigen Fällen entscheiden wolle. Ich glaube, der Augenblick zu einer solchen Entscheidung ist jetzt gekommen. — Die Urwahlen-Prüfungen stehen nach dem unzweideutigen Wortlaut des §. 34 des Wahl-Reglements der Kammer zu. Diese Frage wäre also erledigt.

Meiner Ansicht nach kann aber auch die Kammer nach §. 24. jenes Reglements auf die Eintheilung der Wahlbezirke eingehen. — Jetzt komme ich leider auf den Ausdruck des Wahlgesetzes: „selbstgeschriebene Stimmzettel“ zu sprechen. Ich muß hierauf näher eingehen, wenn es mich auch zu Bemerkungen führt, gegen welche vielleicht wieder der Herr Minister des Innern Protest einlegen wird. In grammatischer Hinsicht giebt es nämlich gar keine selbstgeschriebene Stimmzettel; denn ein selbstgeschriebener Stimmzettel würde derjenige sein, welcher sich selstgeschrieben. (Gelächter und Zischen auf der Rechten) Appelliren Sie an eine Akademie der Wissenschaften, und wenn sich der Herr Minister wegen jenes Ausdrucks mit einem Grimm vereinbaren kann, dann habe ich den Prozeß verloren. Der Ausdruck findet übrigens in der ältern Gesetzgebung seine Analogie; denn dort war einmal von einem „selbstbewirthschafteten Gute“ die Rede. Das Wahlreglement widerspricht jedoch in Betreff der eigenhändig geschriebenen Stimmzettel dem Wahlgesetze. Ueberdies führen Sie, wenn Sie von den Wahlmännern verlangen, daß sie schreiben können, einen Census in das Wahlgesetz ein, und von einem Census ist in dem Gesetze keine Rede. Meiner Ansicht nach ist der in Rede stehende Ausdruck so zu verstehen, daß in der Regel jeder selbst schreiben soll, weil man seine wahre Meinung erfahren will; nicht aber kann ein zufälliger Umstand, z. B. ein Uebel an der rechten Hand, im Stande sein, Jemanden des kostbaren Wahlrechtes zu berauben.

Minister des Innern: Ich bin sehr weit davon entfernt, gegen die Worte des Abgeordneten Grün Protest einzulegen, namentlich nicht auf dem Felde der Grammatik, welches er als dasjenige bezeichnete, auf welchen er das Ministerium angreifen will. Das Wahlgesetz der National-Versammlung ist aus guten Gründen unverändert beibehalten worden. Sind Mängel darin, so wird die Revision wohl Gelegenheit zu Verbesserungen geben.

Parrisius: Ich finde, daß die Wahlen der Abgeordneten Seeger und Naumann auch dann nicht angefochten werden können, wenn die aufgestellten Bedenken begründet sind. (Er liefert hierauf den Beweis.)

Mätze: Was die Frage wegen des Ausdruckes „selbstgeschriebenen Stimmzettel“ betrifft, so ist derselbe nach Analogie anderer Gesetze zu interpretiren. Es wird häufig in der übrigen Gesetzgebung die eigenhändige Unterschrift verlangt und doch genügen in allen diesen Fällen drei Kreuze. — Wir haben uns überdies bereits gegen die Bevorzugung und den Unterschied der Stände ausgesprochen.

Wollen wir jetzt an die Stelle des Geburts-Adels den Adel der Intelligenz setzen? (Gelächter.) An vielen Orten gilt der, welcher schreiben kann, schon für einen halben Gelehrten, und will man nur diesem das wichtige Wahlrecht beilegen?

Die Kammer beschließt den den Schluß der Debatte.

Die Wahl des Abgeordneten v. Winterfeld bildet nunmehr den Gegenstand der Debatte. — Gestimmt haben im Ganzen: 481. Mit Unrecht sind 2 Wahlmänner zurückgewiesen worden. Wäre dies nicht geschehen, so hätte die Zahl der Stimmenden 483 betragen. 3 Wahlmänner sind jedoch mit Unrecht zugelassen worden. Wären diese nicht zugelassen worden, so hätten im Ganzen nur 480 gestimmt. Die absolute Majorität hätte dann nur 241 betragen, Hr. v. Winterfeld hat 242 Stimmen erhalten. Nimmt man an, daß die mit Unrecht ausgeschlossenen Wahlmänner dem Hrn. v. Winterfeld nicht ihre Stimmen gegeben haben würden, daß jedoch die drei mit Unrecht zugelassenen Wahlmänner für ihn gestimmt haben, so würde Herr v. Winterfeld — wenn jene mit Unrecht zugelassenen Wahlmänner ausgeschlossen und die mit Unrecht ausgeschlossenen beiden Wahlmänner zugelassen worden wären — nur 239 Stimmen — also 2 Stimmen weniger als die absolute Majorität beträgt — erhalten haben.

Dieser interessante Fall giebt zu einer längern Debatte Veranlassung.

v. Bodelschwingh: Ich bin gegen die Vertagung; denn ich kann der Ansicht nicht beitreten, daß wir erst Erkundigung einziehen müssen, da ich das Resultat der Erkundigung für gleichgültig halte. Zwei Wahlmänner sind mit Unrecht zurückgewiesen und drei sind mit Unrecht zugelassen worden. Dadurch entstand die Präsumtion, daß die zurückgewiesenen Wahlmänner dem Herrn v. Winterfeld nicht die Stimmen gegeben haben würden und daß die drei mit Unrecht Zugelassenen Herrn v. Winterfeld ihre Stimmen gegeben haben. Ich frage Sie, ob es Ihre Pflicht ist, eine solche Präsumtion anzunehmen oder nicht? Ich glaube, daß wir die Ausschließung eines persönlich Unbescholtenen aus formellen Gründen nur dann beschließen dürfen, wenn es die dringendste Pflicht erfordert, nicht aber blos auf die willkürliche Annahme der ungünstigsten Präsumtionen hin. Ich bin der Ansicht, daß die Stimmen der zwei mit Unrecht ausgeschlossenen Wahlmänner mit den zwei Stimmen der mit Unrecht zugelassenen kompensirt werden müssen; dann behält Herr von Winterfeld, wenn man die Stimme des Dritten mit Unrecht zugelassenen Wahlmanns in Abzug bringt, immer noch 241 Stimmen und somit die absolute Majorität. Es fragt sich also, ob Sie auf Grund der ungünstigsten Vermuthungen und nicht nach einer mathematischen Wahrscheinlichkeits-Berechnung verfahren wollen.

Endlich wird der Schluß der Debatte herbeigeführt. — Der Antrag der Abtheilung: die Winterfeldsche Wahl für ungültig zu erklären, kommt zur Abstimmung. Das Resultat ist zweifelhaft und muß durch Zählung ermittelt werden. 125 Abgeordnete haben für den Antrag, also für die Ungültigkeits-Erklärung gestimmt; unter denselben bemerkten wir auch die Herren von Vincke und Graf Schwerin. 175 Deputirte haben jedoch gegen den Antrag gestimmt und die Winterfeldsche Wahl ist somit als gültig anerkannt.

Der Referent der dritten Abtheilung, Unterstaats-Sekretair Müller, trägt hierauf noch zwei pommersche Wahlen vor, bei welchen Monita gezogen worden. Bei der einen Wahl sollen die Wahlmänner durch ein ihnen am Abende vor dem Wahltage gespendetes Essen bestochen worden sein. Der Referent findet in diesem Faktum, auch wenn es wahr wäre, noch keine Bestechung, sondern sieht darin nur einen Akt der Brüderlichkeit.

Beide in Rede stehenden Wahlen (der Abg. Krause und v. Kögel) werden als gültig anerkannt.

Referent der vierten Abtheilung, Pilet, kann heute noch nicht das Referat über die schlesischen Wahlen vollständig vortragen. Funfzehn derselben werden unbedenklich als gültig bezeichnet. Bei einer Menge anderer Wahlen findet die Abtheilung die Einwendungen für unerheblich und alle diese Wahlen werden genehmigt.

Die Kammern sind in Berlin zusammengetreten um das große Werk der Revision der Vefassung zu vollbringen und einer Reihe der wichtigsten organischen Gesetze auszuarbeiten. Das Volk hat dießmal richtiger als das letzte Mal, wo die allgemeine Aufregung die Köpfe befangen hatte, erkannt, daß bei solchen Werken es nicht darauf ankomme Männer zu wählen, die den guten Willen haben für ihre Bekannten und Freunde eine angenehme Lage zu erringen, sondern, daß es Männer bedürfe, befähigt und im Stande die Fundamente eines Staatsgebäudes zu legen, Männer, die mit dem guten Willen auch positive Kenntnisse und staatsmännischen Blick verbinden. — Wenn wir die Reihe der Abgeordneten durchmustern, so sehen wir auch, daß tüchtige Männer die Mehrzahl bilden und was in der zweiten Kammer an tüchtigen Kräften fehlt, das trifft man in der ersten.

Aber einen Mann vermissen wir unter jenen Volksvertretern, der es wohl um das Volk verdient hat, daß es ihn zu seinem Vertreter wähle, den das Volk, wenn es ihn überginge, zum eigenen Nachtheil übergehen würde, wir meinen Georg Beseler von Greifswald, jetzigem Abgeordneten im Parlament zu Frankfurt a. M. Wir sagen, dieser Mann muß gewählt werden, sonst fehlt ein Mann in den Preußischen Kammern, der ihnen nicht fehlen darf, und der Wahlbezirk, welcher ihn wählt, der ehrt den Mann und ehrt sich selbst durch seine Wahl.

Diese unsere Behauptung wollen wir in kurzen Worten beweisen.

Als Lehrer der Rechtswissenschaft hatte sich Beseler in Göttingen, Basel und Rostock einen guten Namen erworben und Preußen wünschte ihn seiner Tüchtigkeit halber zu gewinnen. Es erging daher im Jahre 1842 an ihn der Ruf an die Universität Greifswald zu kommen, wohin er sich als ordentlicher Professor und Geheimer Justizrath (er war damals der jüngste Geheime Rath im Preußischen Staat) in einem Alter von 32 Jahren begab. Im Jahr 1843 erschien ein Buch von ihm, betitelt: „Volksrecht und Juristenrecht“, in welchem er dafür kämpft, daß dem Volke die ihm gebührende Theilnahme an der Ausübung der Rechtspflege nicht vorenthalten werde und in klarer Darstellung die Mißbräuche und Mangelhaftigkeiten der Rechtspflege geißelt. Darüber gerieth er in Streit mit dem berühmten verstorbenen Puchta, aus welchem Streite Beseler als Sieger hervorging, indem Puchta auf Beselers Entgegnung nichts anders als zu schweigen wußte.

In den Jahren 1846 und 1947 waren die Zusammenkünfte der sogenannten Germanisten in Frankfurt a. M. und Lübeck. Es ist bekannt, von wie großem Einflusse diese Versammlungen für die Entwickelung des Vaterlandes gewesen sind. Dort traten die Dahlmann, Gervinus, beide Grimms, Mittermeier u. s. w. auf und Beseler war warlich nicht der Schlechteste von ihnen. Durch seine überzeugende, klare Darstellung wurden viele der dort versammelten Männer gewonnen für die Anerkenntniß der Vortrefflichkeit von Geschwornengerichten, die bis dahin entschiedene Gegner derselben gewesen waren.

Im Mai 1848 trat das Parlament in Frankfurt a. M. zusammen und Beseler wurde dorthin gesandt als Abgeordneter für Wollin. Bald zeigte es sich dort, oon wie großer Wichtigkeit ein Mann wie er in diesen Zeiten sei. Sein umfangreiches Wissen, sein offener und fester, durch keine Dunkelheiten getrübter Charakter, sein staatsmännischer Blick, sein scharfer Verstand und seine klare Darstellungsgabe fanden dort bald gebührende Würdigung. In den Ausschüssen vornehmlich zeigten sich seine geistigen Kräfte und so wurden ihm die wichtigsten Ausarbeitungen übergeben; so rühren von seiner Hand zum größten Theil die Grundrechte des Deutschen Volks her. Er wurde zum Berichterstatter für den Verfassungsausschuß erwählt und wie er das ihm anvertraute Amt gebraucht, das zeigen die stenographischen Berichte am Besten, hier seine Reden zu citiren, würde zu weit führen. Das Eine wollen wir aber noch hervorheben, daß er da, wo viele, selbst Dahlmann, der kalte Staatsmann und scharfe Denker, sich von der Leidenschaft hinreißen ließ, die Stimme der Vernunft zu überhören, fest blieb auf der Bahn, die allein zum Heil des Vaterlandes führen kann. Als nämlich Preußen den Waffenstillstand zu Malmoe geschlossen und ein großer Sturm im Parlament zu Frankfurt entstand, da sprach Beseler, obgleich Schleswig-Holsteiner von Geburt und kein schlechter Sohn seines Vaterlandes: „ich beschwöre Sie, zeigen Sie sich in diesem Augenblick fest, zeigen Sie, daß wir hier die Frage nach allen Seiten zu erwägen wissen und daß wir sagen können, wir haben einen entschiedenen Beschluß erst nach reiflicher Ueberlegung gefaßt.“ Und sein Bemühen trug dazu bei, den eigentlichen Beschluß über den Waffenstillstand auf eine Zeit zu verschieben, wo

die ruhige Ueberlegung sich wieder Platz in den Gemüthern verschafft halte. Damals half er den Bruch zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland vermeiden und wie damals, so hat er es gethan bis diesen Augenblick. Er ficht mit Offenheit und Ueberzeugung für die Größe unseres gesammten Vaterlandes und mit der richtigen Erkenntniß für die Anerkennung der Oberleitung Preußens, die allein zum Heile führen kann, und ficht wohlgerüstet zu Angriff und Vertheidigung mit starker Waffe des Geistes.

Und dieser Mann ist bisher noch nicht gewählt für die Preußischen Kammern!

Ihr Wahlmänner von **Meseritz**, Ihr habt bei Eurer ersten Wahl einen würdigen Vertreter, Ihr habt den edlen Freiherr von **Vincke** gewählt, zeigt, daß Ihr ihn mit dem vollsten Bewußtsein gewählt habt und wählt an seine Stelle einen ihm Ebenbürtigen, wählt **Georg Beseler**!

Locales 2c.

Posen, den 5. März. Gestriger Wasserstand der Warthe 11 Fuß 3 Zoll. — Heutiger 9 Fuß 11 Zoll.

Posen, den 5. März. Der von den hiesigen Hausbesitzern zur Betreibung des Ausscheidens der Stadt Posen aus dem Provinzial-Feuer-Versicherungs-Zwangsverbande gewählte Ausschuß hatte nach vielfachem erfolglosem Schriftwechsel mit der Central-Regierung in Berlin im Dezember vorigen Jahres es für nöthig erkannt, drei Deputirte — die Herren v. Crousaz, v. Schreeb und Koch — nach der Hauptstadt zu entsenden, um diese für die Stadt so höchst wichtige Angelegenheit persönlich zu betreiben. Die Hoffnungen des Ausschusses wurden auch nicht getäuscht, denn die Deputirten kamen mit einem recht günstigen vorläufigen Bescheide und mit der Zusicherung zurück, daß eine definitive Antwort demnächst erfolgen werde. Da jedoch letztere, einer schriftlich wiederholten Bitte ungeachtet, nach Verlauf von mehreren Wochen noch immer nicht einging, es dem Ausschusse aber sehr darum zu thun sein mußte, die Sache noch vor dem Zusammentritte der Kammern erledigt zu sehen, so wurden die beiden letztern der oben genannten Deputirten abermals nach Berlin geschickt, um diese so lange hingehaltene Angelegenheit endlich zum Schlusse zu bringen. Inzwischen gelang es den Deputirten trotz der frühern Zusicherungen nicht, ein günstiges Resultat zu erzielen; alle ihre diesfälligen unausgesetzten Bemühungen während eines zweiwöchentlichen Aufenthalts in der Hauptstadt blieben fruchtlos; ja der Minister des Innern beschied noch während ihres Dortseins den hiesigen Ausschuß dahin: **daß er die Angelegenheit für so dringlich nicht erkennen könne, um dieserhalb noch vor dem Zusammentritt der Kammern ein Gesetz zu extrahiren.** Der Ausschuß, in allen seinen gerechten Erwartungen abermals getäuscht, beschloß eine Zusammenberufung der sämmtlichen Hausbesitzer, um sie von der dermaligen Lage der Sache zu unterrichten und zu weiteren Beschlußnahmen zu veranlassen. Diese Versammlung hatte gestern Nachmittag im Handelssaale statt. Nach beendigter Berichterstattung gab sich unter den Anwesenden eine große Aufregung darüber kund, daß sie gezwungen sein sollten, eine eben so drückende als ungerechte Last noch länger zu tragen und die Zahl derer, welche für Verweigerung aller fernern Beitragszahlungen zu stimmen sich geneigt zeigten, war sehr bedeutend; indessen machte doch eine ruhigere Auffassung der Verhältnisse bei der Mehrzahl sich geltend, und man erkannte, daß der einzige Weg zu dem gewünschten Ziele jetzt durch die versammelten Kammern gehe. Der Ausschuß erhielt daher den Auftrag, eine diesfällige Petition an die Kammern zu entwerfen und gleichzeitig das Stadtverordneten-Collegium von diesem Schritte in Kenntniß zu setzen, damit dasselbe von seiner Seite ein ähnliches Gesuch an die National-Vertretung richte. Sodann wurde eine Deputation — bestehend aus den Bürgern: Auerbach, Batkowski, Blau, v. Blumberg, v. Gąsiorowski, Jaffé, Kaskel, Klug, Koch, Lange, Müller, Rogalski, Schlarbaum, Schönecker, v. Schreeb, Thorner, v. Zakrzewski, Zerpanowicz und Zuchowski — erwählt, welche sich sofort zu dem Ober-Präsidenten Herrn von Beurmann begeben und dessen Unterstützung in der beregten Angelegenheit dringend in Anspruch nehmen sollte. Herr von Beurmann gab der Deputation die erfreuliche Versicherung, daß er von der Wichtigkeit der Sache, wie von dem der Stadt Posen durch den Zwangsverband zugefügten Unrecht durchdrungen und gern bereit sei, mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften dahin zu wirken, daß das für die Grundbesitzer unserer Stadt so drückende Verhältniß sobald als möglich aufhöre. Er sei daher im Begriff, der Central-Regierung die Dringlichkeit des Gesuchs der hiesigen Hausbesitzer an's Herz zu legen, und den Antrag zu stellen, daß durch ein **möglichst bald zu emanirendes Gesetz der Provinzial-Zwangsverband mit dem Schlusse dieses Jahres ganz aufgehoben werde.** Der Herr Ober-Präsident ermächtigte zugleich die Deputation, seine Erklärung zur Beruhigung der Interessenten zu veröffentlichen. Somit ist Alles geschehen, was in dieser für unsere Stadt so hochwichtigen Angelegenheit für den Augenblick geschehen kann; und wenn, was leider nicht zu ändern ist, der Societät die rückständige, nicht unbedeutende Schuld noch zu decken bleibt, so dürfen die hiesigen, so schwer geprüften Hausbesitzer sich doch dem Vertrauen hingeben, daß sie demnächst von einer Last befreit sein werden, die mit den Errungenschaften der Neuzeit sich nicht mehr in Einklang bringen läßt.

♂ **Aus dem zu reorganisirenden Theile** den 2. März. Obwohl wir stets nur von Thatsachen berichten, die sich auf ganz authentische Quellen stützen, so sehen wir uns dies Mal doch veranlaßt, in unserer Correspondenz vom 26. v. M. die Mittheilung über das eigenmächtige Entwenden von Hammeln in dem Dorfe Lubczyn durch Bauern, dahin zu berichtigen, daß allerdings das Entwenden geschehen ist, jedoch nicht auf so räuberische Art, wie unter dem gedachten Datum angeführt worden war. Bemerken müssen wir aber ausdrücklich hierbei, daß wir am 26. Febr. von mehreren höchst glaubwürdigen Personen des Kreises den Fall gerade so erzählen hörten, wie er in der Zeitung Nr. 50 mitgetheilt ist, und wir können uns darum doch des Gedankens nicht erwehren, ob man nur nicht gerne dem Ding ein anderes Gewand anziehen möchte, — wollen übrigens damit nur unsere Meinung ausgesprochen haben.

♂ **Schildberg**, den 3. März. Am 1. und 2. d. M. fand hier das Kreis-Ersatzgeschäft Statt, welches andere Jahre immer erst im Juni abgemacht wurde, und in wenigen Tagen wird schon das Departementsgeschäfte nachfolgen, welches auch sonst gewöhnlich erst in zwei Monaten nach ersterem erfolgte. Diese Aenderung hat nun unter den gewöhnlichen Leuten als ganz gewiß die Meinung verbreitet, daß es nächstens zum Kriege kommen werde, und man fragt nur noch, woher der Feind eigentlich kommen solle. Den Russen fürchtet man, wie einen bösen Geist.

Das Land- und Stadt-Gericht unseres Kreises ist bisher jetzt im Ganzen in Kempen; doch haben wir nur ganz sicher eine Abtheilung von demselben hier zu erwarten. Es sollen zwei Richter nebst den dazu gehörigen Beamten schon vom 1. April hier eintreffen, und könnte die Ausführung nun wegen vollständiger Beschaffung der erforderlichen Lokalitäten noch einige Zeit hingehalten werden, obschon die nöthigen Schritte hierzu bereits geschehen sind.

Die in Nr. 28 dieser Zeitung über den hiesigen Vikar Klembczyński enthaltenen Nachrichten haben denselben glauben gemacht, daß hierselbst ein Denunziantenverein bestehe, der sich nur bemühe, Unwahrheiten zu berichten. Er nennt den Artikel eine mit seltener Perfidie geschriebene Verketzerung seiner Predigt und fährt wörtlich also fort: „Ich liebe exaltirt alles Extreme, und die raffinirte Nichtswürdigkeit des hiesigen Denunzianten-Vereins hat mir immer viel Spaß gemacht.“ Wenn doch der Herr Vikar von solchem Wahne lassen möchte und endlich einsehen wollte, daß der Deutsche jeden Schritt, den er thun will, vorher reiflich überlegt. Dazu gehört freilich, sich nach allen Seiten hin und mit der nöthigen Ruhe und Besonnenheit von Allem zu informiren, besonders wenn man in einer Sache, wie die der Nationalität, selbst Partei ist. Der Herr Vikar versichert, daß er in seiner frühern Stellung, bei Samter, im Frühjahr vor. J. nur von Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen Polen und Deutschen gesprochen habe, daß er aber, nachdem er gesehen, wie treulos die Deutschen an den Polen gehandelt hätten, ein erbitterter Feind derselben geworden sei. — Sollte denn ein freimüthiger Gedanke an die polnischen Gräuelthaten, an die man nur mit Wehmuth zu denken vermag, nicht im Stande sein, diese Feindschaft einigermaßen zu mildern? das wäre freilich nicht fanatisirend, aber auch nicht einseitig. Nun, ein Denunziantenverein besteht zur Zeit hier nicht, am allerwenigsten ein Deutscher; denn der Deutsche in seiner Totalität versteht die Kunst nicht, und wird sich in dem Beharren und nöthigenfalls Veröffentlichen der Wahrheit auch durch keinen Verdacht, er sei noch so niedrig, abschrecken lassen.

Markt-Bericht.

Berlin, den 3. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—58 Rthlr. Roggen loco 26—27½ Rthlr., p. Frühjahr 82pfünd. 25½ Rthlr. Br., Mai/Juni 26½ Rthlr. Br. Juni/Juli 27¼ Rthlr. Br., 27 bez. Gerste, große loco 23 — 25 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 14 Rthlr. Br. Erben, Kochwaare 30—32 Rthlr., Futterwaare 27—29 Rthlr. Rüböl loco $13\frac{7}{12}$ Rtlr. bez. u. Br., 13½ G., pr. März $13\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., 13½ G. März/April do., 13⅓ a ½ bez. u. G. April/Mai 13⅓ a 13½ Rthlr. bez. Mai/Juni $13\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., 13⅓ bez. u. G. Juni/Juli 13⅓ Rtl. Br., 13¼ bez. Juli/August $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 13 G. Aug./Sept. 13 Rthlr. nominell. Sept./Okt. 12⅚ Rthlr. Br., 12¾ bez. u. G. Leinöl loco 11 Rthlr. Br. Lief. pr. April/Mai 10½ a 10¼ Rthlr. Mohnöl 19½ Rthlr., Lief. 18½. Hanföl 13 Rthlr. Palmöl 13½ Rthlr. Südsee-Thran 11½ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 15⅛ a ⅛ Rthlr. verk. März 15⅛ Rthlr. Br., 15 G., p. Frühjahr 15½ Rthlr. Br., 15⅓ G. Mai/Juni 16 Rthlr. Br., 15¾ G. Juni/Juli 16½ Rthlr. Br., 16¼ G.

Posen, den 5. März. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles unveränd. 12½—12¾ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 3. März 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101¼	100¾
Staats-Schuldscheine	3½	80	79½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	98¼
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¼	97¼
Westpreussische Pfandbriefe	3½	86	85⅓
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	3½	81¾	81½
Ostpreussische "	3½	—	90½
Pommersche "	3½	—	91⅓
Kur- u. Neumärk. "	3½	—	92⅓
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	..	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{1}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	74¾
" Prioritäts-	4	87½	—
Berlin-Hamburger	4	—	50
" Prioritäts-	4½	92	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	55
" " Prior. A. B.	4	84	83½
" " "	5	95	95
Berlin-Stettiner	4	87	—
Cöln-Mindener	3½	—	78¼
" Prioritäts-	4½	93	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	108½
Niederschles.-Märkische	3½	71⅝	71⅜
" Prioritäts-	4	86	85¾
" "	5	—	98½
" " III. Serie	5	—	93½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	92½
" " B.	3½	—	92¼
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	—	50
Stargard-Posener	3½	—	70½

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Stadt-Theater.

Sonntag den 11. März, zur Eröffnung der Bühne, zum Erstenmale: **Fürst, Minister und Bürger**; Lustspiel in 4 Akten vom Freiherrn von Maltitz. — Hierauf zum Erstenmal: **Emiliens Herzklopfen**; Vaudeville in 1 Akt von Herzberg.

Mittwoch den 7. März Abends pünktlich um 7 Uhr findet die zweite Sinfonie-Soiree im Saale der Bürgergesellschaft (Hotel de Saxe) Statt. Billets dazu zum Preise von 10 Sgr. werden in den Buchhandlungen der Herren Mittler und Scherk, so wie in der Conditorei des Herrn Beely verkauft. Das Nähere ist aus den Anschlag-Zetteln zu ersehen.

Die Direktion des Sinfonie-Vereins.

General-Versammlung des Bezirks-Vereins der Deutschen Verbrüderung. Dienstag den 6. März Nachmittags 4 Uhr im Odeum.

Gegenstand der Berathung: eine Adresse an das Frankfurter Parlament in Bezug auf die neuste Wendung der Deutschen Frage. Auch Nichtmitglieder werden zugelassen. Wir halten uns, bei der Wichtigkeit der Sache für das gemeinsame Vaterland, einer zahlreichen Theilnahme versichert.

Die Vertrauensmänner des Bezirks-Vereins.

Nothwendiger Verkauf.
Land- und Stadtgericht zu Posen.
Erste Abtheilung, den 27. Oktober 1848.

Die den Kanzleirath **Johann Adam** und **Marianna Franciska** geb. **Teig-Vatich**eschen Eheleuten gehörigen Grundstücke No. 14/15. und 23/21. zu Krzyżowniki, abgeschätzt auf 23,119 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, sollen am **13ten Juni 1849 Vormittags 10 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekañten Gläubiger:
1) der Arbeitsmann **Stanislaus Pietraszewski** aus **Krzyżownik** eventuell dessen Erben;
2) das Fräulein **Charlotte Schmidt** aus **Posen**;
3) der Gutspächter **Ildephons v. Morze** aus **Krzyżownik**;
4) der Graf **Joseph v. Grabowski** aus Posen;
5) die Frau Gymnasiallehrer **Theresia Cichowicz** geborne **Sokolnicka**, und deren Ehemann aus **Krzyżownik**,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Bekanntmachung.

Am 13ten März d. J. früh um 10 Uhr soll durch den Kanzlei-Inspektor Groß in unserm Gerichts-Gebäude eine Tischuhr öffentlich gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Posen, den 3. Februar 1849.
Königliches Land- und Stadt-Gericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Den unbekannten Gläubigern der **Marianna Miszewska** geborne **Wierzchleyska** wird bekannt gemacht, daß deren Konkurs-Masse nach Ablauf von 4 Wochen an die bekannten Gläubiger vertheilt wird.

Krotoschin, den 21. Januar 1849.
Königl. Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

Zum freiwilligen meistbietenden Verkauf meines hier in **Bromberg** in der besten und frequentesten Lage am Markt No. 120. gelegenen vierstöckigen massiven Hauses nebst Zubehör, mit Geschäfts-Lokal und großem Schaufenster versehen, zu jeder Geschäftsbranche passend, habe ich einen Licitations-Termin auf

den 2ten und 3ten April c.

im Hause selbst 3 Treppen hoch in meiner Wohnung anberaumt.

Die Verkaufs- und Licitations-Bedingungen sind daselbst von heute ab bei mir zu erfahren und einzusehen. Auch können reelle Käufer das Grundstück zu jeder Zeit durchweg in Augenschein nehmen, und eine gedruckte ausführliche Beschreibung über dasselbe bei mir bekommen.

Bromberg, im März 1849.
C. W. Schulz.

Joël Struch's
Band- und Kurzwaaren-Geschäft,
Breite-Straße No. 30.

Durch große Einkäufe in Frankfurt a/O. aufs Reichhaltigste assortirt, empfiehlt sich zu geneigtesten Aufträgen
en gros & en detail
zu billigen Preisen und nur reeller Bedienung; besonders assortirt ist das Geschäft in Berliner und Englischer Strick-Baumwolle.

Der Ausverkauf der Mode-Waaren wird nur noch diesen Monat fortgesetzt, und sind die Preise **wiederum bedeutend herabgesetzt.**
Hôtel de Dresde, Parterre.

Friedrichsstraße No. 21. sind 2 Stuben im ersten, und eine Familienwohnung im 3ten Stock, vom 1sten April zu vermiethen und zu beziehen.

Das **Grundstück No. 30. und 31.** große Gerberstraße ist unter sehr vortheilhaften Bedingungen aus freier Hand sofort zu verkaufen. Das Nähere hierüber ertheilt Herr **Fischbach** daselbst.

Bekanntmachung aus Polen.

Der jedesmalige, zu Mitfasten bisher stets stark besucht gewesene Markt für Pferde, Vieh und aller Art Wagen in der Fabriken-Stadt **Zdonska-Wola**, im Sieradschen Kreise und unweit dieser Stadt belegen, fällt diesmal auf den 15ten März d. J. und die folgenden Tage. — Die Lage dieser Stadt, welche an Schlesien und das Großherzogthum Posen gränzt, erleichtert den Kauf und Verkauf vorzüglich guter Pferde, und wird das interessirende Publikum hiervon ergebenst benachrichtigt.

Zdonska-Wola, den 27. Februar 1849.
Janowski.

20 Stück fette Mast-Ochsen stehen in **Zlotnik**, Mogilnoer Kreises, billig und unter annehmbaren Bedingungen zum Verkauf und können solche zu jeder Zeit besichtigt werden. Die darauf Reflektirenden belieben sich beim Eigenthümer, Herrn **Julius Löwysohn** in **Janowiec**, einzufinden.

Auf dem Dominio **Kobelnik** bei Inowraclaw stehen 25 Mast-Ochsen sofort zum Verkauf. Die Abnahme kann bis Ostern vorbehalten werden.